

USA | 26.03.2024 | Lesezeit 4 Min.

Trump-Wahl könnte deutsche Wirtschaft Milliarden kosten

Die Präsidentschaftswahl in den USA naht und mit ihnen die mögliche Wiederwahl des Ex-Präsidenten Donald Trump. Eine zweite Amtszeit Trumps könnte der US-Wirtschaft massiv schaden – die Folgen für Deutschland und die EU wären langfristig sogar noch schlimmer.

Den 5. November 2024 haben sich viele Menschen weltweit im Kalender markiert. An diesem Tag wählen die USA einen neuen Präsidenten. Wen die Republikaner und die Demokraten ins Rennen um das Weiße Haus schicken, steht offiziell zwar erst im Sommer fest. Dennoch deutet alles auf ein erneutes Duell zwischen Amtsinhaber Joe Biden und seinem Vorgänger Donald Trump hin. In aktuellen Umfragen liegen beide größtenteils gleichauf – Trump hat je nach Forschungsinstitut allerdings die Nase leicht vorn. Auch wenn die Umfragen vor einer US-Wahl generell mit Vorsicht zu betrachten sind – der US-Präsident wird nicht direkt von den Bürgern, sondern von einem zuvor gewählten Wahlgremium bestimmt –, zeichnet sich ab: Trumps Chancen stehen nicht schlecht.

Eine weitere Amtszeit des Republikaners würde wohl vieles auf den Kopf stellen – sowohl politisch als auch ökonomisch. Denn Trumps Devise lautet nach wie vor: „America first“. Er strebt eine Welthandelsordnung an, die wenig mit verlässlichen Regeln und transatlantischer Partnerschaft zu tun hat, dafür umso mehr mit wirtschaftlichem Protektionismus.

Wird Donald Trump ein zweites Mal US-Präsident, hätte das gravierende Folgen für die deutsche Wirtschaft: Seine geplanten Zölle auf Importe könnten die Bundesrepublik über eine vierjährige Amtszeit bis zu 150 Milliarden Euro kosten.

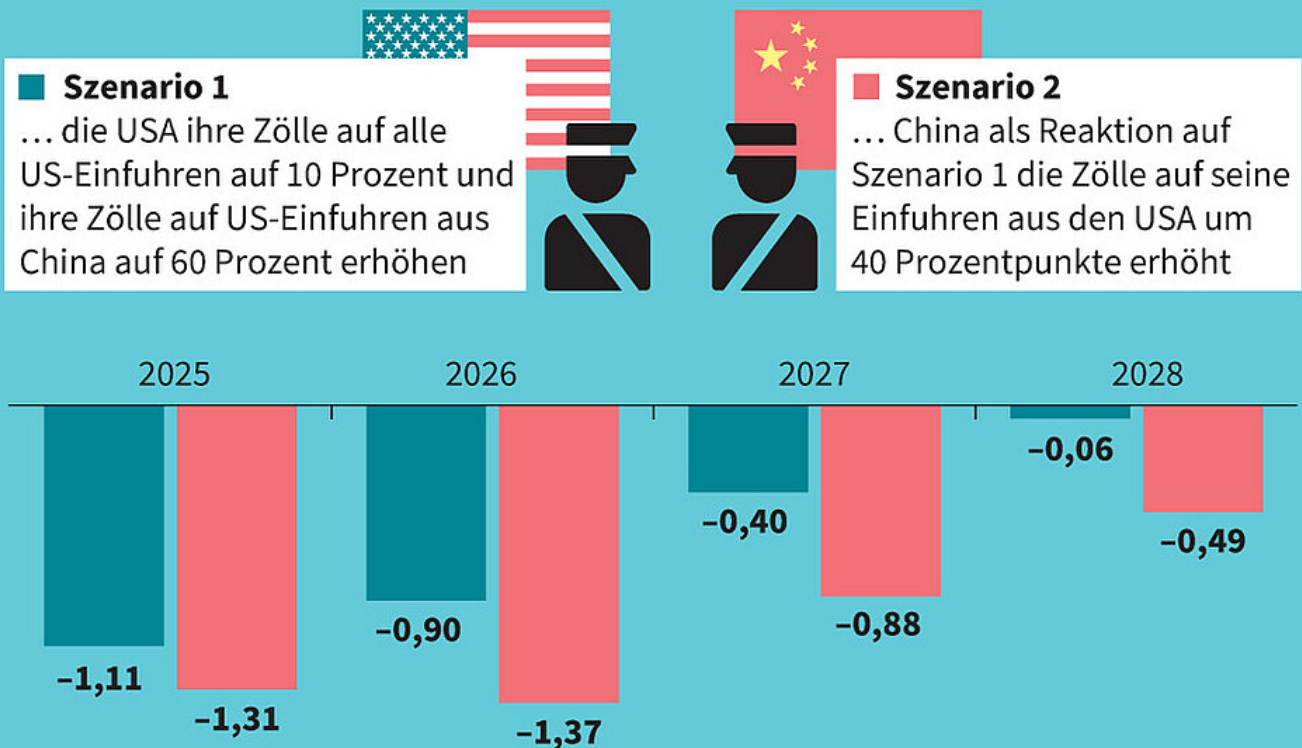
Schon während seiner ersten Amtszeit hatte Trump Strafzölle auf Waschmaschinen, Solaranlagen sowie Stahl- und Aluminiumprodukte aus Europa eingeführt. In dieselbe Richtung gehen seine Ankündigungen für eine zweite Präsidentschaft: Auf alle US-Einfuhren soll es Strafzölle von mindestens 10 Prozent geben, chinesischen Importen droht er sogar mit 60 Prozent. So will Trump das Handelsbilanzdefizit der USA verringern - im Jahr 2023 überstiegen die Importe die Exporte um fast 800 Milliarden US-Dollar.

Neue IW-Berechnungen zeigen, welchen Effekt diese Zollschränken, die frühestens Anfang 2025 - nach der Amtseinführung von Trump - in Kraft treten könnten, auf die US-Wirtschaft hätten (Grafik):

Erhöhten die USA ab 2025 ihre Zölle wie von Donald Trump geplant (Szenario 1), würde das amerikanische Bruttoinlandsprodukt (BIP) im selben Jahr um etwa 1,1 Prozent niedriger ausfallen als im Szenario ohne höhere Zölle.

US-Wirtschaft: Die Folgen einer zweiten Trump-Ära

Um so viel Prozent geringer würde das US-amerikanische reale Bruttoinlandsprodukt ausfallen, wenn ...



Vergleichsbasis: Szenario ohne Zollerhöhungen

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

Noch stärker würde die US-Wirtschaft schrumpfen, sollte China als Antwort auf die erhöhten US-Zollschranken seinerseits die Strafzölle auf Importe aus den USA erhöhen (Szenario 2). In diesem Fall läge das Minus für die USA 2025 bei rund 1,3 Prozent.

Über die gesamte Amtszeit von vier Jahren beliefen sich die BIP-Verluste für die USA auf fast 600 Milliarden Dollar in Szenario 1 und auf knapp 1 Billion Dollar in Szenario 2. Im ersten Szenario wäre der BIP-Effekt demnach aber kaum noch negativ. Das liegt vor allem an den durch die Zollschranken sinkenden Importen und dem dadurch kleineren Handelsbilanzdefizit der USA.

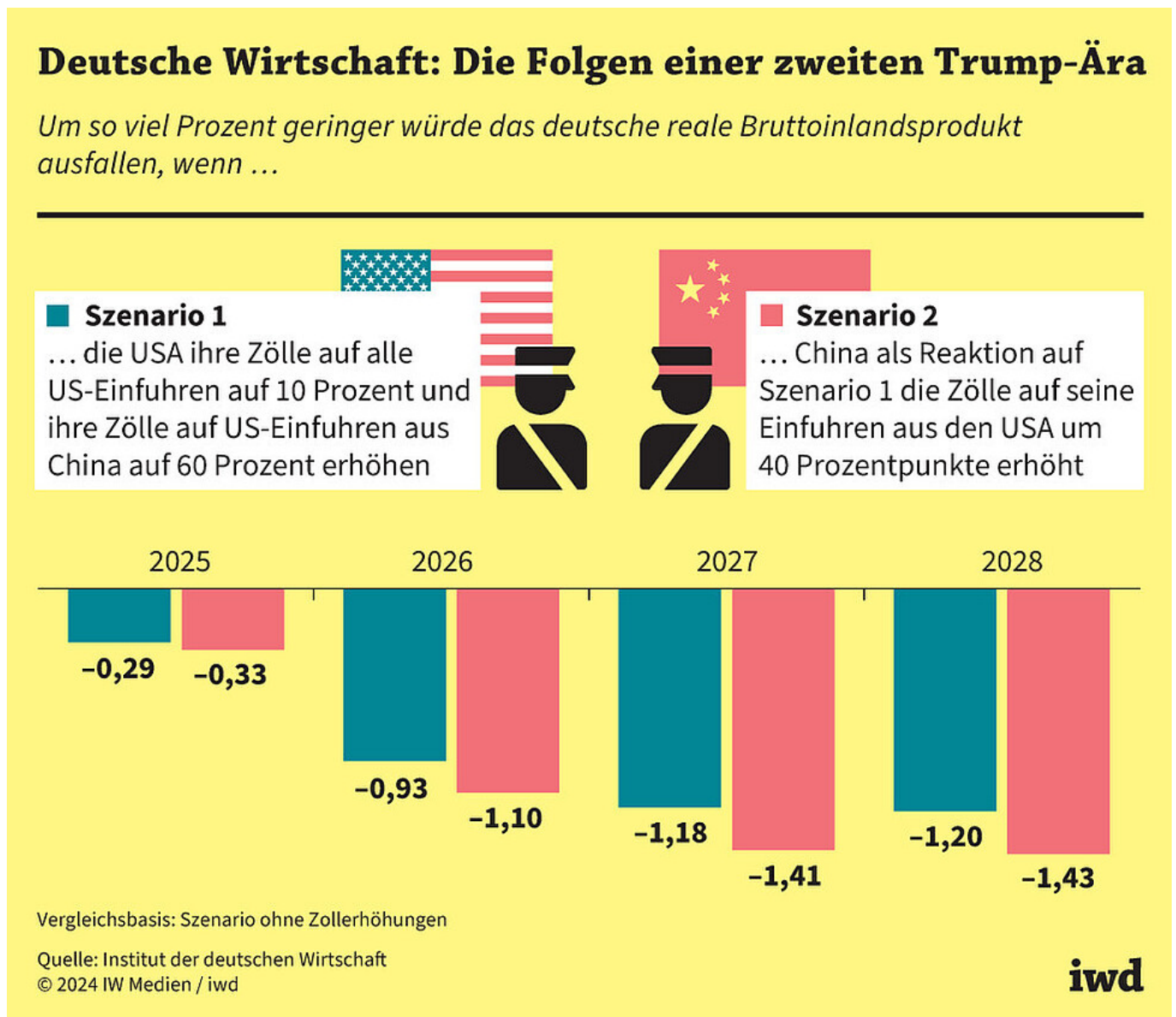
Außerdem gehen die IW-Forscher davon aus, dass der zu erwartende Vertrauensschock, der sich in rückläufigen privaten Investitions- und Konsumausgaben äußert, bis zum Ende der Amtszeit wieder abgeklungen ist. Im Fall einer Vergeltung Chinas würden die USA auch mittelfristig BIP-Verluste von etwa einem halben Prozentpunkt erleiden, mit leicht abnehmender Tendenz über die

Folgejahre.

Trump-Wahl: Gravierende Folgen für die deutsche Wirtschaft

Deutschland würde der Zollstreit sogar deutlich stärker treffen – vor allem auf lange Sicht (Grafik):

Erhöhten die USA ab 2025 ihre Zölle (Szenario 1), würde das deutsche BIP im Jahr 2028 etwa 1,2 Prozent niedriger ausfallen als im Basisszenario ohne neuen Handelsstreit.



In den vier Jahren würden sich die deutschen BIP-Verluste auf gut 120 Milliarden Euro

summieren. Im zweiten Szenario – also im Fall von Zollerhöhungen seitens Chinas – könnten es sogar fast 150 Milliarden Euro sein.

Dass ein solcher Zollstreit der Bundesrepublik mehr Schaden zufügen würde als den USA, liegt daran, dass Deutschland – sowie viele andere EU-Staaten – stark exportorientiert ist. Die hierzulande traditionell positive Handelsbilanz würde sich verschlechtern, während sich die negative Handelsbilanz der USA im Vergleich zum Szenario ohne Zollerhöhungen verbessert.

EU muss Vorbereitungen für den Ernstfall treffen

Um sich für eine zweite Amtszeit Trumps und die damit einhergehenden möglichen Zollschränken zu wappnen, sollte die EU in zwei Richtungen vorgehen: Erstens sollte sie die verbleibende Amtszeit von Präsident Biden nutzen, um die Handelsbeziehungen mit den USA zu stabilisieren. Dazu könnte sie den Trade and Technology Council zurate ziehen, ein Kooperationsforum für Handels- und Technologiefragen zwischen der EU und den USA. Außerdem wäre es wichtig, dass die EU und die USA das Abkommen über kritische Mineralien unterzeichnen, das sie derzeit verhandeln.

Darüber hinaus sollte die EU ihre Beziehungen zu anderen Handelspartnern stärken, indem sie mehr Freihandelsabkommen schließt, etwa mit Australien, dem Mercosur, Indonesien oder Indien.

Zuletzt muss die EU dazu bereit sein, selbst glaubhafte Vergeltungsmaßnahmen anzudrohen, sollte Trump dies in einem ersten Schritt tun. Möglich machen könnte dies das von der EU kürzlich geschaffene Anti Coercion Instrument – eine Verordnung, die es der EU erlaubt, Maßnahmen gegen ein Drittland zu ergreifen, das wirtschaftlichen Zwang auf die Union oder eines ihrer Mitgliedsländer ausübt. Denn auch wenn Vergeltungsmaßnahmen den Handelskrieg verschärfen und die ökonomischen Effekte verschlimmern, sind sie im Fall der Fälle aus realpolitischer Perspektive nötig, um dem aggressiven Verhalten der USA etwas entgegenzusetzen.



Kernaussagen in Kürze:

- Wird Donald Trump im November ein zweites Mal zum US-Präsidenten gewählt, hätte das gravierende Folgen für die deutsche Wirtschaft.
- Seine geplanten Zölle auf Importe könnten die Bundesrepublik über eine vierjährige Amtszeit bis zu 150 Milliarden Euro kosten.
- Um sich für mögliche Zollschränken zu wappnen, sollte die EU in der verbleibenden Amtszeit von Präsident Biden die Handelsbeziehungen mit den USA stabilisieren und gleichzeitig die zu anderen Handelspartnern stärken.